

# Für den Landkreis Göppingen in Berlin



**SPD**

Ausgabe 68 Februar 2019

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

mit unseren konkreten Vorschlägen zur Sozialstaatsdebatte haben wir als SPD deutlich gemacht, wie wichtig uns Gerechtigkeit, Respekt und Sicherheit in Deutschland sind. Die Resonanz auf die Grundrente zeigt, dass wir den richtigen Nerv getroffen haben.

Um Gerechtigkeit, Respekt und Sicherheit geht es auch in unserer Außenpolitik. Nicht nur bei der Münchner Sicherheitskonferenz wurde sichtbar, vor welchen Herausforderungen wir international stehen. Die Europäische Union schwächtelt und ist konfrontiert mit einem innenpolitisch gespaltenen, unberechenbaren Amerika auf der einen und mehr oder weniger berechtigten Großmachtsansprüchen Russlands und Chinas auf der anderen Seite. Währenddessen brennt es an unzähligen Krisenherden der Welt.

Wir wollen, dass Deutschland außenpolitisch eine aktive Rolle übernimmt. Aber als Frie-

denmacht, nicht als Rüstungsexporteur. Europäische Zusammenarbeit bei Friedensmissionen ist begrüßenswert und auch eine Kooperation im Bereich der Rüstungsentwicklung kann sinnvoll sein. Aber nur, wenn auch klare Regeln für eine europäische Rüstungsexportpolitik etabliert werden, die beispielsweise Auslieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete unterbinden. Gerade angesichts der Abkehr Russlands und der USA vom INF-Vertrag muss unser Ziel eine neue Abrüstungspolitik sein.

Über diese und andere Themen können wir am 3. April mit unserem außenpolitischen Fraktions-Vize Rolf Mützenich diskutieren, der zu uns in den Landkreis kommt.

Ihre/Eure



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)



## Ein moderner und gerechter Sozialstaat

Dieser Tage haben wir eine öffentliche Debatte ausgelöst mit unserem Vorstoß zur Neuausrichtung des Sozialstaats. Wir haben klare Vorstellungen für unser Zusammenleben in der Zukunft: Kinder haben eine eigenständige Kindergrundsicherung. Wer lange Beiträge gezahlt hat, hat auch einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld. Ein Recht auf Weiterbildung sorgt dafür, dass niemand Angst vor den wirtschaftlichen Veränderungen haben muss. Bessere Tarifbindung und höherer Mindestlohn sichern den Wert von Arbeit. Und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auf der Höhe der Zeit: Mit einem Recht auf Home-Office und Nichterreichbarkeit und einem persönlichen Zeitkonto. Mit diesen Kernstücken sozialdemokratischer Politik sollten wir die innerparteiliche Frustphase verlassen und mit zukunftsweisendem Ausblick neu aufbrechen.

Nicht alles lässt sich von heute auf morgen umsetzen. Mit unserem jetzigen Koalitionspartner sind die Möglichkeiten begrenzt. Aber dennoch haben wir wesentliche Schritte zu einem modernen Sozialstaat bereits im aktuellen Koalitionsvertrag verankert und schon per Gesetz auf den Weg gebracht. Zum Beispiel durch das Starke-Familien-Gesetz von Franziska Giffey, das diese Woche in erster Lesung debattiert wurde. Es sieht zum Beispiel die Erhöhung des Kinderfreibetrags auf 185 Euro vor. Zusammen mit den Bildungs- und Teilhabeleistungen und dem Kindergeld werden Eltern dann mit bis zu 408 Euro pro Monat für ein Kind unterstützt. Wir haben einen sozialen Arbeitsmarkt geschaffen, der Arbeit finanziert und nicht mehr Arbeitslosigkeit. So unterstützen wir langzeit-

arbeitslose Menschen bei ihrem Weg zurück in Arbeit.

Bereits im letzten Jahr haben wir das Recht auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit geschaffen. Gerade Mütter, die nach der Geburt ihrer Kinder ihre Arbeitszeit reduzieren, profitieren davon. Denn oft war es für sie schwierig, nach der Erziehungszeit wieder eine Vollzeitstelle zu bekommen. Das verbaut nicht nur Karrierewege für Frauen, es mindert ihr Einkommen und auch ihre Rente. Die Rückkehrgarantie in Vollzeit passt die Bedingungen moderner Arbeit an die unterschiedlichen Lebensbedürfnisse unserer Zeit an und ist ein konkreter Schritt hin zu gleicher Bezahlung von Männern und Frauen.

Auch das Konzept der Grundrente, die von Hubertus Heil erarbeitet wurde, gehört zu unserem Gesamtkonzept eines zuverlässigen und gerechten Sozialstaats. Eine Verkäuferin, die 35 Jahre auf Mindestlohnbasis gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss mehr bekommen als Grundsicherung. Dabei wollen wir nicht, dass erst die Bedürftigkeit geprüft wird, dass also bürokratische Hürden überwunden und Angespertes oder andere private Vorsorge offen gelegt werden müssen.

Denn wir denken beim Sozialstaat nicht an die Wenigen, die Solidarität missbrauchen, die betrügen und Leistungen erschleichen. Wir denken an diejenigen Menschen, die Solidarität, Hilfe und Unterstützung benötigen. In diesem Sinne werden Sozialstaatskonzepte folgen für die Bereiche Alterssicherung, Gesundheit sowie Pflege und Wohngeld.



## Digitalpakt: Zusammen für gute Schulen

Bund und Länder haben sich im Vermittlungsverfahren zur Grundgesetzänderung, die wir im Bundestag im letzten Jahr auf den Weg gebracht haben, geeinigt. Dadurch wird der Weg frei für mehr Investitionen in die digitale Ausstattung von Schulen, in den sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Nahverkehr.

Mit dem Digitalpakt stellt der Bund insgesamt fünf Milliarden Euro bereit – 650 Millionen davon für Baden-Württemberg. Sie fließen in die Ausstattung der Schulen mit WLAN, Computern und digitalen Lerninhalten. Auch beim Personal kann der Bund befristet investieren, zum Beispiel in Systemadministratoren und in die Qualifizierung der Lehrkräfte für die Einführung der digitalen Infrastruktur. Ein notwendiger Auftakt für mehr Kooperation von Bund und Ländern in der Bildung. Denn viele Schulen hinken bei ihrer digitalen Ausstattung hinterher.

Dafür haben wir uns als SPD in Bund und Land stark gemacht. Auch wenn Ministerpräsident Winfried Kretschmann nun versucht,

die Einigung als Erfolg zu verkaufen, darf man nicht vergessen, dass insbesondere er gemeinsam mit Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann den Pakt lange blockiert hat. Die von Kretschmann aufgeworfene Föderalismusfrage war in diesem Zusammenhang jedoch eine reine Scheindebatte.

Die Grundgesetzänderung betrifft nicht nur den Bildungsbereich: Der Bund kann so den Ländern künftig dauerhaft Geld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Die bestehende Befristung wird im Grundgesetz gestrichen. Auch in den schienengebundenen Nahverkehr kann der Bund künftig unbefristet und ungedeckelt investieren. Damit können die Kommunen etwa Straßenbahnen ausbauen und modernisieren.

Übrigens: Nur eine einzige Fraktion hat dem überfraktionell erarbeiteten Vermittlungsergebnis die Zustimmung verweigert. Mit fadenscheinigen Argumenten hat die AfD gegen diese wichtigen Verbesserungen für Schulen und Infrastruktur gestimmt.

## Gegen Schwarzarbeit

Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug schädigen uns alle. Durch Steuerbetrug fehlen jährlich Milliardenbeträge für Kindergärten, Schulen, Straßen oder sozialen Wohnungsbau. Betroffene Beschäftigte werden oft ausgebeutet oder arbeiten zu menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. Das muss

ein Ende haben! Finanzminister Olaf Scholz hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem wir den Zoll stärken und Schwarzarbeit besser bekämpfen werden. Darüber werden wir im Bundestag intensiv diskutieren – ich freue mich auf gute Ergebnisse.

# Fünf Wochen im Deutschen Bundestag

*Erfahrungsbericht von Praktikantin Franziska Mauch aus Bad Ditzgenbach*

"Morgens früh beginnen und abends spät zurückkommen – ich mag mir kaum vorstellen, wie das für Heike sein muss, die ja von Termin zu Termin eilt. Dabei muss sie immerzu einen klaren Kopf behalten und sich schnell wieder in ein anderes Thema denken. Nicht nur in ihren spezifischen Fachthemen „Pflege“ und „Gesundheit“ muss sie sich auskennen, sondern bei vielem mehr, das die Bürger in ihrem Wahlkreis beschäftigt. Währenddessen läuft die Arbeit auch im Büro auf Hochtouren. Es werden Reden geschrieben, Termine organisiert, Bürgerbriefe jeglicher Art beantwortet, Mappen vorbereitet und Informationen aufbereitet, so dass Heike sie möglichst schnell überblicken kann. Die Mitarbeiterinnen sind umfassend informiert, auf ihren jeweiligen Gebieten absolut auf dem Laufenden. Die Arbeit im Büro stellte mich vor immer neue Herausforderungen. Den richtigen Ton in Bürgerschreiben anzuschlagen, ist nicht so einfach wie man sich das vielleicht vorstellt. Dabei durfte und musste ich mich mit immer neuen Themen auseinandersetzen. Von unzureichender Kontrolle bei Implantaten, über die aktuelle Lage in Venezuela, hin zu Hygienekontrollen in Betrieben und E-Lending Systemen. Zum Glück hatte ich so nette Kolleginnen, die mich bei jeglichen Schwierigkeiten unterstützten, mir geduldig alle möglichen Fragen beantworteten und vieles auch um das Praktikum herum zeigten.



Dieser umfangreiche Einblick in politische Strukturen wurde gestärkt, indem ich Heike sowohl zu internen als auch externen Terminen zu unterschiedlichen Themenbereichen begleiten durfte. So konnte ich zur Arbeitsgruppe und zum Ausschuss Gesundheit mitgehen, zum Unterausschuss Globale Gesundheit und zu Öffentlichen Anhörungen. Außerdem zu einem Kaminesgespräch zum Thema Neglected Tropical Diseases (NTDs), zu Parlamentarischen Frühstücksgesprächen und zu Gesprächsrunden. Natürlich gehörten auch einige Besuche im Plenum dazu. Darüber hinaus konnte ich viele Veranstaltungen besuchen, obwohl diese nicht immer in Heikes Themenfeld gehörten. Ein vielfältiges Rahmenprogramm für Praktikanten und Praktikantinnen wird von der SPD-Fraktion selbst geboten. Dazu gehören Führungen, zum Beispiel durchs Bundeskanzleramt, sowie diverse Diskussionen mit Abgeordneten. Selbst Besuche von Polittalkshows wie „Maybrit Illner“ werden ermöglicht.

Das Praktikum lieferte mir neue Perspektiven und vielfältige Einblicke in die Funktionsweise des deutschen und europäischen politischen Systems. Es ist durchaus aufregend, hautnah dabei zu sein, wenn neue Gesetze diskutiert und beschlossen werden. Zu sehen, wie die Arbeit in der Politik von statten geht, ist nochmal etwas ganz anderes als die Theorie zum Gesetzgebungsverfahren in der Schule zu behandeln. In diesem Sinne möchte ich mich ganz herzlich bei Heike selbst und bei ihrem lebenswürdigem Büro bedanken, bei Sandra, Doro, Astrid und Hannah, die von Anfang an super freundlich waren, mir vieles zeigten und mich unterstützten. Danke!"

## Unterwegs im Landkreis

Frisch im Amt als hauptamtlicher Kommandant führte Karlheinz Widmeyer souverän durch die Jahreshauptversammlung der Feuerwehr Göppingen mit vielen Ehrungen und Beförderungen. Vielen Dank für den großartigen Einsatz im letzten Jahr zum Schutz der Bevölkerung!



**Starker Einsatz**



**Starke Überzeugung**

In seiner flammenden Rede warb der Salacher Bürgermeister Julian Stipp beim gut besuchten Neujahrsempfang der SPD Eislingen für das große Friedensprojekt Europa und gleichzeitig für die Stärke der kommunalen Selbstverwaltung mit ihrer Bürgernähe.

Gemeinsame Ziele in Land und Bund: Die SPD-Landtagsfraktion und die baden-württembergische Landesgruppe der SPD im Bundestag trafen sich in Stuttgart mit Olaf Scholz. Gute Rente, keine Kita-Gebühren, Kindergrundsicherung, Pflegebürgerversicherung, Mietpreisbremse... Wir wollen, dass das Leben für alle bezahlbar bleibt!



**Stark zusammen**

Bei einer Delegationsreise des Unterausschusses Globale Gesundheit nach Genf konnten wir uns nach Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der WHO und Akteuren der globalen Gesundheitspolitik auch mit der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der UN, der früheren chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet, austauschen. Gesundheit ist ein Menschenrecht!



## Termine - 22. Februar bis 15. März 2019

**Freitag, 22. Februar, 19:30 Uhr**  
Kreissäge „Geislingen unser Schatz  
– fehlt eigentlich nur ein Campingplatz“  
Jahnhalle Geislingen

**Sonntag, 24. Februar, 19:30 Uhr**  
SWR-Fernsehsitzung „Die Fasnet bleibt im Dorf“  
Stadthalle Donzdorf

**Dienstag, 26. Februar**  
**14:00 Uhr**  
Gespräch Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung  
Göppingen (EUTB)  
**16:00 Uhr**  
Bürgersprechstunde  
Bürgerbüro

**Mittwoch, 27. Februar**  
**10:30 Uhr**  
Gespräch mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung  
und Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg  
Stuttgart

**15:00 Uhr**  
Gespräch mit der Deutschen Rentenversicherung  
Baden-Württemberg  
Stuttgart

**18:30 Uhr**  
"Der Mensch im Mittelpunkt  
– Aktuelle pflegepolitische Vorhaben"  
SPD OV und ASF Aalen

**Samstag, 02. bis Samstag, 09. März**  
Urlaub

**Montag, 11. März bis Freitag, 15. März**  
Sitzungswoche in Berlin

### Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10  
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 504 82 74

### Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)  
[heike.baehrens.wk@bundestag.de](mailto:heike.baehrens.wk@bundestag.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)